



Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-
Westfalen
c/o Minister des Innern Herbert Reul
40190 Düsseldorf

pax christi Münster fordert die Kriminalisierung der Klimabewegung zu stoppen und zivilen Ungehorsam zu erwägen

Sehr geehrter Herr Minister Reul,

im Auftrag der Diözesanversammlung der Mitglieder von pax christi im Bistum Münster, die am 30.09.2023 in Kevelaer stattfand, bittet Sie der Vorstand des pax christi - Diözesanverbandes Münster, dieses Schreiben wohlwollend zur Kenntnis zu nehmen und auch an die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Polizeistellen des Landes NRW weiterzugeben. Bei der Diözesanversammlung wurde folgender Antrag diskutiert und anschließend angenommen. Da Sie Adressat unserer Forderungen sind, möchten wir Ihnen nun den Antrag zukommen lassen.

Die Diözesanversammlung von pax christi im Bistum Münster fordert die staatlichen und polizeilichen Stellen in unserem Land auf, die immer weiter gehende Kriminalisierung von Akteurinnen und Akteuren der Klimagerechtigkeitsbewegung zu stoppen und in der Wahl ihrer Mittel nicht zu einer weiteren Verletzung der Grundrechte von Menschen und gesellschaftlicher Spaltung beizutragen. Die Diözesanversammlung stellt sich solidarisch hinter die Menschen, die nach gründlicher Gewissensprüfung zu gewaltfreien Methoden des zivilen Ungehorsams greifen.

pax christi
Diözesanverband Münster
Schillerstr. 44a
48155 Münster

Tel 0251 511 420
muenster@paxchristi.de
www.muenster.paxchristi.de

Darlehnskasse Münster
IBAN
DE40 4006 0265 0003 9626 00

Wir begründen diese Forderung und unsere Solidarisierung wie folgt:

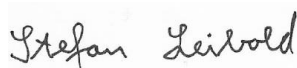
1. Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Bedrohungen für eine gute und friedliche Fortexistenz der Menschheit. Schon jetzt sind die Auswirkungen des Klimawandels mit katastrophalen Folgen für ganze Landstriche spürbar, die zu großen gesellschaftlichen Verwerfungen, Elend und Hunger führen und sehr viele Menschen in ihrer Existenz bedrohen. Es gibt viele zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich angesichts dieser Bedrohung gegründet haben und die dringend einen grundlegenden Wandel des menschlichen Zusammenlebens und Wirtschaftens fordern, um die weitere Emission von Treibhausgasen, die maßgeblich für den Klimawandel sind, zu reduzieren, damit der menschengemachte Klimawandel nicht noch schlimmere Folgen zeitigt. Seit geraumer Zeit erleben diese Gruppen eine immer größer werdende Repression seitens staatlicher Stellen.
2. Demonstrationen gegen die gegenwärtige Politik und Wirtschaft und Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie Blockaden von Straßen durch die „Letzte Generation“, Demonstrationen gegen die IAA oder Blockaden von Kohlekraftwerken, finden oft nur unter massivem und einschüchterndem Polizeiaufgebot statt. Teilweise kommt es darüber hinaus zu Präventivverhaftungen und Gruppen werden durch Ingebrauchnahme des umstrittenen Tatvorwurfes der Bildung bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung gemäß §129 StGB beschuldigt. Häuser werden durchsucht und bei Räumungen, wie in Lützerath im Rheinischen Braunkohlerevier, werden brutale Vorgehensweisen wie die gezielte Anwendung von Schmerzgriffen praktiziert.
3. Die verantwortlichen politischen und behördlichen Stellen könnten dieses Vorgehen der Polizei jederzeit unterbinden und stattdessen Verhältnismäßigkeit anordnen und zur Mäßigung aufrufen.
4. Aufgrund der Unfähigkeit und des Unwillens der Bundesregierung, adäquate Mittel zur weiteren Verhinderung des Klimawandels zu ergreifen, und des autoritärer werdenden Auftritts des Staates verzweifeln zunehmend mehr, vor allem junge Menschen und zweifeln an der bestehenden Rechtsordnung, die Unrecht produziert. Diese Praxis verdient aus dem Blickwinkel des Evangeliums und christlicher Ethik unsere Unterstützung.

Wir bitten Sie diese Gründe zu bedenken und Ihr politisches Handeln daran auszurichten.

Im Namen des Diözesanvorstands



Maria Buchwitz
Diözesanvorsitzende



Stefan Leibold
Diözesanvorsitzender